

«Die Härtefallklausel wird bei Tätern zu oft angewendet»

Bettina Balmer, Präsidentin der FDP-Frauen, fordert mehr Repression bei häuslicher Gewalt

Frau Balmer, ist die Schweiz noch ein sicheres Land?

Bettina Balmer: Nicht so, wie sie es sein sollte. Mir gefallen die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik überhaupt nicht. Erstens nimmt die Gewalt tatsächlich zu, das ist beunruhigend. Ich sehe das auch als Ärztin im Spital. Selbst bei Kindern nehmen die Misshandlungen zu. Zweitens ist es so, dass sich die Menschen zum Glück mehr trauen, Straftaten zur Anzeige zu bringen. Die Dunkelziffer war früher vermutlich höher. Aber wir können noch nicht zufrieden sein.

Die Gewaltstraftaten nehmen nicht nur im öffentlichen Raum zu, sondern vor allem zu Hause. Und sie betreffen vor allem Frauen. Das ist doch nicht akzeptabel.

Das ist so, und dagegen müssen wir vorgehen. Die Linke will das Problem mit mehr Geld lösen und mit dem Fokus auf Prävention. Die SP hat das Gefühl: Wir fordern 500 Millionen Franken zum Schutz der Frauen, stärken die Präven-

tion, und damit werde das Problem gelöst. Das ist erstens sehr viel Geld und zweitens blendet die SP einen Teil der Realität aus. Deswegen werden wir FDP-Frauen bald ein Strategiepapier zum Thema vorlegen.

Was fordern Sie konkret?

Neben Prävention brauchen wir wirksamen Opferschutz, aber auch Repression.

Die Täter sind überproportional oft Ausländer.

Genau. Ich bin der Meinung, dass Gewalttäter konsequenter mit Sanktionen belegt werden müssen. Ist es ein Ausländer, stellt häusliche Gewalt auch einen Grund dar, die Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zu widerrufen, die Verlängerung zu verweigern oder ein Einreiseverbot zu prüfen. Die Härtefallklausel wird bei Tätern zu oft angewendet.

Das ist auch das, was die SVP sagt.

Und da hat sie auch recht. Aber die SVP begnügt sich mit Repression. Da-



«Wir brauchen neue Instrumente bei der Prävention.»

Bettina Balmer
Präsidentin
der FDP-Frauen

mit werden wir der Lage nicht gerecht. Wir brauchen auch neue Instrumente bei der Prävention. Armut, soziale Isolation und geringes Selbstwertgefühl sind Risikofaktoren für häusliche Gewalt, bei Schweizerinnen und Ausländerinnen. Ein Migrationshintergrund erhöht das statistische Risiko für häusliche Gewalt aufgrund von Folgebelastungen sowie geringeren Ressourcen bei Bildung, Einkommen, Erwerbsbeteiligung oder Sprachkenntnissen. Umso wichtiger ist eine gute Integration. Wir dürfen von Ausländerinnen erwarten, dass sie sich anpassen. Gewalt ist in der Schweiz kein legitimes Mittel zur Konfliktlösung.

Man hat nicht den Eindruck, dass die Schweiz viel von ihren Zuzüglern erwartet. Ja, es reicht nicht, einfach eine App anzubieten, die Tipps gibt, wie man sich integriert. Oder wie man sich einer Frau gegenüber verhält.

Was wären griffigere Instrumente?

Wir sollten das spanische Modell genau anschauen. Dieses umfasst mehrere interessante Dinge. Integration ist wichtig, aber eben auch Repression. Beispielsweise bekommen Täter eine Fussfessel. Damit sie sich den Opfern nicht mehr unbemerkt nähern können – das passiert bei uns noch viel zu oft. Überzeugend finde ich auch das System der Forensic Nurses, also Krankenschwestern, die auf Opfer von häuslicher Gewalt spezialisiert sind. Diese sind nicht nur fachlich sehr gut ausgebildet, sondern wissen auch, wie mit Betroffenen umzugehen ist.

Doch diese Forensic Nurses kennt niemand, oder?

Offenbar kennt man sie viel zu wenig. Frauen müssen wissen: Da gibt es Menschen, denen man auch in einer schlimmen Lage vertrauen kann. Das ist wichtig, weil die Spuren, beispielsweise nach einer Vergewaltigung, nicht lange nachweisbar sind. Die Zeit drängt, wenn man den Täter identifizieren will.

Das klingt alles gut. Sind diese Elemente des spanischen Modells überhaupt realistisch – sprich: finanzierbar?

Ich habe Respekt vor den Kosten. Wir müssen den Preis kennen und dann so viel ausgeben, wie effektiv nötig ist. Fussfesseln wären wohl schon finanzierbar. Auch mehr Frauenhäuser sind realistisch. Die 23 Häuser, die es derzeit gibt, kosten schweizweit laut Schätzungen zusammen etwa 10 Millionen Franken. Da könnten zusätzliche Finanzierungen mittels öffentlich-privater Partnerschaften interessant sein, auch könnte die Politik die Unterstützung verdoppeln – und hätte schon einmal etwas erreicht.

Interview: Sebastian Briellmann